

Und »lautlos« stirbt das Bargeld

Michael Brückner

Kopp.exklusiv 05/18 – Wegen der wichtigen Wahlen im vergangenen Jahr und dem bevorstehenden Urnengang in Italien hat das Establishment in den Regierungszentralen, in Brüssel und in den (Noten-)Banken das durchaus brisante Thema »Bargeldverbot« vorübergehend von der Agenda genommen. Doch hinter den Kulissen wird weiter fleißig daran gearbeitet.

So pragmatisch kann Politik bisweilen sein: Seit verganginem Jahr müssen Unternehmen in Polen Zahlungen ab einer Summe von 15.000 Zloty generell über ein Bankkonto abwickeln. Umgerechnet macht der Schwellenbetrag somit etwa 3.600 Euro aus. Eigentlich nichts Neues, mag da mancher denken, schließlich lag die Barzahlungsgrenze bisher schon bei 15.000. Der kleine, aber feine Unterschied: Bislang galten 15.000 Euro, also umgerechnet über 62.500 Zloty. Im Ergebnis wurde die Schwelle mithin erheblich herabgesetzt. Als Begründung führten die Verantwortlichen einmal mehr die angebliche Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche ins Feld.

EU als Flickenteppich

Der Abschied vom Bargeld steht auf der politischen Agenda, auch wenn die Mainstreammedien dieses Thema nur noch selten aufgreifen. Er vollzieht sich langsam und in kleinen Schritten. Hatte Brüssel zunächst insgeheim geplant, schon bis zum Jahr 2018 zumindest einheitliche Barzahlungsobergrenzen einzuführen, so wurde das finale Ziel des Bargeldverbots nunmehr bis zum Jahr 2025 vertagt. In Sachen Barzahlungslimits bleibt die EU daher einstweilen noch ein Flickenteppich. So gilt in Frankreich derzeit eine Obergrenze für Barzahlungen von 3.000 Euro, in Portugal von 1.000 Euro, in Spanien von 2.500 Euro, in Griechenland von 500 Euro sowie in Ungarn, der Slowakei und Bulgarien von 5.000 Euro. In Italien wurde das frühere Limit von 1.000 Euro auf 2.999 Euro angehoben. In Österreich gibt es derzeit noch keine Restriktionen, auch in Deutschland existieren offiziell keine Obergrenzen. Wer hierzulande aber Beträge über 10.000 Euro in bar bezahlen möchte, ist verpflichtet, einen Ausweis vorzuzeigen. Der Händler muss dann folgende Angaben erheben: Vor- und Nachname, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Wohnanschrift. Diese Angaben muss der Händler aufzeichnen und aufbewahren. Den jeweils aktuellen Stand über die Barzahlungshöchstgrenzen in Europa erfährt man unter folgendem Link: www.evz.de/de/verbraucherthemen/geld-kredite/im-ausland-bezahlen/hoechstgrenzen-bargeldzahlung/. Dass die Regierungen und Notenbanken im vergangenen Jahr die Themen Bargeldabschaffung und Barzahlungslimits weitgehend mieden und sie somit auch in den Mainstreammedien keine exponierte Rolle mehr spielten, hat zwei Gründe: Zum einen fürchtete man den Ausgang wichtiger Wahlen, zum Beispiel in Frankreich oder Deutschland und aktuell in Italien. Zum anderen wissen die Verantwortlichen nur allzu gut, dass in wichtigen EU-Staaten ein Bargeldverbot recht unpopulär wäre. **Nicht zuletzt deshalb hat der IWF den Regierungen empfohlen, den Kampf gegen das Bargeld verdeckt auszutragen und die Bürger in kleinen Schritten an dieses von ihnen**

ungeliebte Ziel heranzuführen. Die Begründungen für Bargeldrestriktionen sind häufig äußerst fadenscheinig, wie unlängst im Schweizer Kanton Tessin. Nach zwei Überfällen auf Tankstellen nahe der Grenze zu Italien forderte der Tessiner Sicherheitsdirektor Norman Gobbi, »das Bargeld von den Tankstellen zu verbannen«. Kritiker warfen ihm daraufhin vor, gleichsam mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Die Tankstellen-Betreiber kritisierten, es sei wenig realistisch zu glauben, dass die Kunden künftig ein Päckchen Kaugummi oder eine Dose Bier mit der Bank- oder Kreditkarte bezahlen. »Der Kunde soll die Wahlfreiheit haben, wie er an unseren Tankstellenshops bezahlen möchte«, forderte ein Sprecher von Socar, einem der größten Tankstellenbetreiber in der Schweiz. Ganz vorn, wenn es um die bargeldlose Zukunft geht, mischt auch die US-amerikanische Fast-Coffee-Kette Starbucks mit. Die Filiale in Seattle nimmt zurzeit versuchsweise kein Bargeld mehr an. Gäste können somit nur noch mit Karte oder per Smartphone-App bezahlen. Auch in Deutschland hat Starbucks schon erste Schritte in diese Richtung unternommen. Mit dem Slogan »Die schnellste Art zu bezahlen« wirbt Starbucks für seine App. Diese kann man mit einem Guthaben aufladen – zumindest derzeit auch mit Bargeld, aber wer weiß, wie lange noch? Eine andere US-amerikanische Kette – »Shake Shack, Burgers and Shakes« – nimmt schon seit verganginem Jahr in New York kein Bargeld mehr an. Wer keine App hat, bekommt nichts zu essen. Die Strategie ist klar: Es soll für den Verbraucher immer unbequemer werden, mit Bargeld zu zahlen. Und wenn er sich trotzdem nicht behelren lässt - wie derzeit noch eine Mehrheit der Deutschen und Österreicher -, dann wird ihm eben Angst gemacht.

Ein Beispiel dafür, wie subtil Brüssel inzwischen den »War on cash«, den Kampf gegen das Bargeld, führt, zeigt ein Verordnungsentwurf der EU-Kommission aus dem vergangenen Jahr, über den die Mainstreammedien – wie könnte es anders sein? – wieder einmal geflissentlich schweigen. Dafür hat der renommierte Wirtschaftsjournalist und Autor Norbert Haering bereits kurz vor Weihnachten über diesen Vorgang berichtet. Bei Reisen über die EU-Grenzen musste man bisher mitgeführtes Bargeld von mehr als 10.000 Euro anmelden. Von diesem Schwellenbetrag nicht erfasst wurden bislang Schmuck, Gold, anonyme Kreditkarten, aber auch andere transportable Wertgegenstände, wie zum Beispiel teure Uhren aus der Schweiz oder dem sächsischen Glashütte. Das alles soll nach dem Willen der EU künftig bei der Berechnung der sogenannten Meldeschwelle berücksichtigt werden. Alles, was in diesem Sinne mit Bargeld gleichgestellt wird, kann vom Zoll bis zu 30 Tage konfisziert werden. Überdies muss sich der Betreffende einer intensiven Befragung unterziehen. Kommt den Beamten irgendetwas verdächtig vor, drohen eine Kontrollmitteilung an das Wohnsitzfinanzamt und sogar ein Ermittlungsverfahren.

Bargeldnutzer werden verunsichert

Was bedeutet das konkret? Angenommen, ein Schweizer möchte in Freiburg einen gebrauchten Zweitwagen für seine Frau kaufen. Beide Parteien haben sich auf einen Preis von 7.500 Euro und auf Barzahlung verständigt. Als echter Schweizer trägt der Käufer bei der Überquerung der EU-Grenze eine eidgenössische Uhr im Wert von 5.000

Euro am Handgelenk. Damit hätte er den Grenzbetrag erheblich überschritten (7.500 Euro in bar + 5.000 Euro Wert der Uhr).

Warum das alles ? Norbert Haering vermutet, dass damit Bargeldnutzer weiter verunsichert und als potenzielle Kriminelle behandelt werden sollen. Worauf das Bargeldverbot am Ende hinausläuft, liegt auf der Hand: Es droht ein Überwachungsstaat, der genau weiß, wofür und wo der Bürger wie viel Geld ausgibt, ausgibt.¹ Die Anonymität des Bargeldkaufs wäre komplett aufgehoben. Der Staat wüsste zum Beispiel sehr genau, wer wie viele Goldmünzen erworben hat, die sich nun im Besitz des betreffenden Bürgers befinden. Zudem würde der Kunde zum Sklaven der Banken. Man sollte sich nicht in, Sicherheit wiegen, nur weil es um dieses Thema etwas ruhiger wurde. Sobald das Establishment seine ihm genehmen Regierungen wieder unter Wortbrüchen zusammengezimmert hat, wird an diesem Ziel mit weitergearbeitet.

¹ Mir scheint es vor allem um den Lastenausgleich zu gehen, wenn der große Knall, der Zusammenbruch des Fiat Money, kommt. Dann geht es in der westlichen Welt um den Lastenausgleich wie bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg. Dann wird auch die Bundesbank mit ihrem weiter steigenden Target-Saldo an die EZB dumm dastehen, denn die Schuldnerstaaten z. B. innerhalb des Eurolands möchten gerne aus Gründen der Solidarität von uns entschuldigt werden. Und da haben wir ja die richtigen Vertreter in der neuen GroKo-Regierung: Schulz der Ober-Europäer zusammen mit einem SPD-Finanzminister, der auch nicht viel mehr Ahnung hat. Wie konnte die CDU das Finanzministerium hergeben, das noch einigermaßen souverän ist. Das Wirtschaftsministerium ist durch die EU-Einbindung kastriert, der Wirtschaftsminister gefesselt, hat nicht mehr zu melden.